

## MehrKinderwagen – Staat frei für eine Politik, die Familien Zukunft sichert

**Die Bundestagswahl steht vor der Tür – dies ist eine Möglichkeit, mit allem Nachdruck auf Defizite, Probleme hinzuweisen, die familienpolitisch in den letzten Jahren festzustellen sind. An erster Stelle steht da sicher die Umstellung des Bundeserziehungsgeldes auf das Elterngeld. Dies war und ist gleichbedeutend mit einer Umstellung von einer Familienförderung hin zu einer Lohnersatzleistung.**

Diese zunächst mit hohen Erwartungen verbundene Umstellung ist inzwischen de facto eher eine Verschlechterung: Das Elterngeld ist für Bezieher niedriger Einkommen eine deutliche Benachteiligung. Erhielten sie bis 2006 noch 24 Monate Erziehungsgeld in Höhe von 300 Euro, so sind es seit 2007 höchstens 14 Monate 300 Euro Mindestelterngeld. Das ist fast eine Halbierung. Auch die Erhöhung der Geburtenzahlen – ein ausgewiesenes Ziel dieser Maßnahme, wurde nicht erreicht. Darüber geht auch die Freude über eine stärkere Beteiligung der Väter an der konkreten Erziehungs- und Familienarbeit etwas verloren. Und dies ist nur ein exemplarischer Punkt für Hausaufgaben in der Familienpolitik. Nach wie vor gibt es also viele Anliegen, die mit Nachdruck eingebracht werden müssen.

Der Familienbund auf Bundesebene und wir in der Erzdiözese Freiburg freuen uns daher, dass wir in diesem Sommer eine wirklich pfiffige, ansprechende und auch zielgerichtete Kampagne durchführen werden. Mit dem Slogan „**MehrKinderwagen – Staat frei für eine Politik, die Familien Zukunft sichert**“ werden wortspielerisch und vieldeutig unterschiedliche Facetten der Familien angedeutet: Das ‚Wagnis‘ Kind, das ‚Wagnis‘ Kind in unserer Gesellschaft, die Bedingung, dass Eltern verlässlich sind, aber auch die Notwendigkeit, dass die Politik eine ausreichende und fördernde Rahmung gewährleistet.

Diese grundlegenden Fragen münden in der Kampagne in 5 Forderungen (siehe Seite 6), die Sie (und wir) im Internet unter [www.mehrkinderwagen.de](http://www.mehrkinderwagen.de) abstimmen können.

Der Familienbund Freiburg wird seine Kampagne am **28. Juni auf dem Diözesantag in Freiburg** eröffnen. Dieser hat auch ‚die Familie‘ als Thema und ist damit ein idealer Startpunkt.

Des Weiteren werden wir Straßenaktionen (u. a. in Freiburg und Karlsruhe) durchführen, mit Politikern auf Bundes- und Landesebene ins Gespräch gehen und auch möglichst bei ihnen vor Ort präsent sein. Wir hoffen (und sind insgesamt davon überzeugt), dass diese Aktion ansprechend ist und dass auch sie letztendlich sich darauf einlassen: Zunächst einmal auf die Inhalte und Aussagen der Kampagne, dann auf die Diskussion und Auseinandersetzung mit Freunden Bekannten und schlussendlich auf ein Mittun auf politischer Ebene – immer mit der Zielsetzung einer Politik, die Familien Zukunft sichert.



**Ulrich Kirchgäßner**  
Diözesanvorsitzender  
des Familienbundes der  
Katholiken

Staat frei für eine Politik,  
die Familien Zukunft sichert.

Mehr  
Kinder  
wagen.de

Eine Initiative des Familienbundes der Katholiken.



**Arbeitsgemeinschaft  
kath. Erwachsenen-  
verbände (AKE) in der  
Erzdiözese Freiburg**

# Katholische Verbände verfassen „11 Fragen an Berlin“

Die in der AKE zusammengeschlossenen Verbände wollen die Parteien und deren BundestagskandidatInnen zur Bundestagswahl am 27. September 2009 mit „11 Fragen an Berlin“ herausfordern:

- **Gentechnik**
- **gerechte Familienpolitik**
- **gerechte Arbeitsbedingungen in Europa**
- **gerechte Bezahlung von Frauen und Männern**
- **Friedenspolitik**

Die Fragen zeigen das breite Spektrum der engagierten Positionen, für die die katholischen Verbände – und durch sie vertreten mehr als 90.000 Mitglieder in der Erzdiözese – stehen.

Die „11 Fragen an Berlin“ werden beim Forum „(Bundes-)Familienpolitik – nichts als schöne Worte!“ – im Rahmen des diesjährigen **Freiburger Diözesantages am 28.6.09** (ca. 15.30 Uhr in der Katholischen Akademie, Wintererstraße) den Vertreterinnen und Vertretern der Parteien übergeben werden. Sie sind außerdem über die Mitgliedsverbände und die Geschäftsstelle der AKE im Erzbischöflichen Seelsorgeamt zu bekommen.

Als Beispiel die Frage und Kommentierung des Familienbundes:

## **Für welche nachhaltige Familienpolitik sollen Sie – die Familien – bei der Bundestagswahl am 27.09.2009 wählen?**

Wir stellen fest, dass nachhaltige und familien-gerechte Entwürfe einer politischen Neugestaltung und/oder Weiterentwicklung in den vergangenen Jahren nicht umgesetzt worden sind.

### **Wir denken dabei insbesondere an**

- **den Existenzminimumsbericht:** diesen hat der Familienbund nach den Rechenvorgaben des Bundesverfassungsgerichtes bearbeitet. Diese der Rechtsprechung folgende Berechnung hätte eine unmittelbare Kindergelderhöhung von gut 30 Euro pro Kind und Monat bedeutet – anstatt 10 Euro zum Jahresbeginn 2009.
- **die Korrektur der Kinderregelsätze:** diese dürfen nicht – wie auch vom Deutschen Caritasverband vorgeschlagen – pauschal vom Erwachsenenregelsatz abgeleitet werden. Echte Kinderregelsätze erhöhen quasi automatisch das Kinderexistenzminimum und den Hartz IV-Kinderzuschlag. Letzterer muss folgerichtig zu einer Kindergrundsicherung ausgebaut werden.
- **einen zügigen Ausbau der Kinderbetreuung** – auch für unter Dreijährige – damit für Eltern zusammen mit einem wesentlich höheren Kindergeld echte Wahlfreiheit gegeben ist.
- **das Steuermodell von Paul Kirchhoff aus dem Jahr 2003**, welches Familien mit z. B. 2 Kindern bei einem Jahresbruttoeinkommen von 32.000 € (das entspricht ungefähr dem Durchschnittseinkommen) steuerfrei stellen würde (= 8000 € Freibetrag pro Person). Dieser Steuerfreibetrag wird dabei ergänzt durch ein Kindergeld von 300 €, welches finanzielle Nachteile von Gering- und Normalverdienern kompensiert.
- **die Umsetzung des „Pflegerurteils“** des Bundesverfassungsgerichtes vom April 2001, das zwingend auch erhebliche Beitragsreduzierungen in der Renten- und Krankenversicherung (nicht nur minimal und immer noch verfassungswidrig wie in der Pflegeversicherung) anmahnt.



# (Bundes)familienpolitik – nichts als schöne Worte?

Forum/Podiumsdiskussion  
beim Diözesantag am 28. Juni 2009  
von 14.00 Uhr – ca. 15.45 Uhr

Dr. Jürgen Borchert Vorsitzender Richter des Landessozialgerichtes Hessen diskutiert mit KandidatInnen aus Baden-Württemberg zur Bundestagswahl Ute Vogt (SPD), Kerstin Andreae (GRÜNE), Peter Weiß (CDU), Sibylle Laurischk (FDP) und N.N (LINKE)

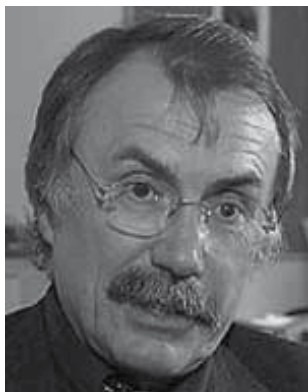
im Konrad-Stürtzel-Saal des Regierungspräsidiums/Basler Hof

(Zugang direkt vom Münsterplatz durch den Innenhof) mitten im „Treffpunkt Partnerschaft“

Die Moderation übernehmen Cornelia Petzold-Schick, stellv. Diözesanvorsitzende, Ulrich Kirchgäßner, Diözesanvorsitzender des Familienbundes und Rainer Ruther, Vorstandsmitglied Kolpingwerk.

Familienbund und Kolpingwerk laden ein:

Mütter und Väter, Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Diözesantages



## Jürgen Borchert,

Jahrgang 1949, studierte in Freiburg, Genf und Berlin Jura, Soziologie und Politologie und war wissenschaftlicher Assistent an der Freien Universität Berlin sowie der Uni Bremen.

Seine 1980 abgeschlossene Dissertation, zu welcher Oswald von Nell-Breuning das Vorwort verfasste, behandelt die Zusammenhänge von Kindererziehung und Rente in grundlegender Weise.

Der zugelassene Rechtsanwalt wechselte danach in die hessische Sozialgerichtsbarkeit und ist seit 1985 am Landessozialgericht Darmstadt.

Jürgen Borchert gilt als ausgewiesener Sozialexperte im Bereich Familienpolitik und als „Sozialrebell“. In der Politikberatung war er auf Bundes- wie Landesebene sowohl für die SPD wie die Grünen, CDU, CSU, FDP und Die Linke bereits tätig. Vom Bundesverfassungsgericht wurde er in den mündlichen Verhandlungen zum „Trümmerfrauenurteil“ 1992 und „Pflegerurteil“ 2001 als Sachverständiger gehört.

Im April 2003 stellte er im Auftrag der Hessischen Staatskanzlei mit dem „Wiesbadener Entwurf“ (Buchveröffentlichung: „Die Familienpolitik muss neue Wege gehen!“) sein familienpolitisches Konzept und vielfältige Diskussionsbeiträge dazu in einem Kompendium einer breiten Öffentlichkeit vor.

Am 29. Oktober 2008 verkündete der 6. Senat des Hessischen Landessozialgerichtes, dem Borchert vorsitzt, seinen Aufsehen erregenden Vorlagebeschluss. Die ausführlich begründete Entscheidung weist nach, dass die Hartz IV Regelleistungen das soziokulturelle Existenzminimum der Familien nicht abdecken und daher nach Überzeugung des Senats gegen das Grundgesetz verstoßen. Diese Kritik reicht weit über die des Bundessozialgerichts in seinen zwei Vorlagebeschlüssen vom 27. Januar 2009 hinaus.



**SPD**

Ute  
Vogt



**GRÜNE**

Kerstin  
Andreae



**CDU**

Peter  
Weiß



**FDP**

Sibylle  
Laurischk

**LINKE**

N.N.

# Podiumsdiskussion „Familienpolitik“ beim Diözesanrat



Abschließend ergriff Erzbischof Dr. Robert Zollitsch das Wort und wies auf die Bedeutung der familienpolitischen Engagements von Räten und Verbänden im Erzbistum Freiburg hin. Er forderte sie auf, sich weiter nachhaltig für die Interessen von Familien einzusetzen.

Auf der Frühjahrsvollversammlung des Diözesanrates war Familienpolitik ein Schwerpunktthema: Moderiert von den Diözesanvorsitzenden des Familienbundes Cornelia Petzold-Schick und Ulrich Kirchgäßner entwickelte sich eine lebhafte Diskussion mit den Landtagsabgeordneten Dr. Klaus Schüle (CDU), Christoph Bayer, (SPD) Winfried Kretschmann (Grüne) und Dr. Ulrich Noll (FDP).



# Angela Merkel auf der Bundestagung des Familienbundes der Katholiken

**Was lange währt wird endlich gut. Am Abend des 24. April war unsere Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel auf der Bundeskonferenz des Familienbundes in Berlin als Gesprächspartnerin vor Ort. Begrüßt wurde sie zunächst von Kardinal Sterzinsky, dem Vorsitzenden der Kommission für Ehe und Familie der Deutschen Bischofskonferenz.**

Dieser wies nachdrücklich darauf hin, dass der Familienbund auf Bundesebene der Ansprechpartner für Familienpolitik ist und sein muss. In dem Vortrag von Bundeskanzlerin Merkel wurde dann deutlich, dass sie sich zu einer Expertin und auch Verfechterin von Familienpolitik entwickelt hat. Nachfolgend Auszüge aus ihrem Vortrag:

*Das, was Familie auszeichnet, besteht darin, dass Familien die Gemeinschaften sind, in denen Eltern für Kinder und Kinder für Eltern dauerhaft Verantwortung übernehmen – ob es einem gefällt oder nicht, ob es super läuft oder auch einmal ärgerlich ist. In der Familie nimmt man sich vor, dauerhaft für ein Leben Verantwortung zu übernehmen. Diese Definition ist sehr oft von den Eltern auf die Kinder hin ausgerichtet. Ich möchte sie auch in die*

*entgegengesetzte Richtung ausweiten, nämlich von den Kindern auf die Eltern.*

*Damit ist Familie natürlich sehr viel mehr als ein Ort, an dem Kinder sind. Sie ist eine Verantwortungsgemeinschaft. Verantwortung kann nicht erzwungen werden. Sie muss gelebt werden. Dafür müssen Bedingungen geschaffen werden. Weil das, was in der Familie gelebt und weiterentwickelt werden kann, so einzigartig ist, ist es das ganz natürliche Interesse von vernünftiger und menschlicher Politik, dass Familien gestärkt werden. Deshalb ist für mich das Familienbild einer dauerhaften Verantwortungsgemeinschaft – für mich auch aus dem christlichen Verständnis des Menschen heraus – natürlich auch ein Auftrag an die Politik, den Menschen, der zur Freiheit berufen ist, den Menschen, der seine Freiheit in Verantwortung leben soll, zu unterstützen, zu stützen und dafür die richtigen Bedingungen zu schaffen.*

Für den Familienbund ist dieses Treffen mit der amtierenden Bundeskanzlerin eine Bestätigung seiner Arbeit und eine zusätzliche Motivation, sich weiter beharrlich in alle Fragen und Entwicklungen einzumischen, die Familien betreffen.



**Ulrich Kirchgäßner**  
Diözesanvorsitzender  
des Familienbundes der  
Katholiken



# MehrKinderwagen

Sie haben mehr als eine Stimme! Welche unserer Forderungen halten Sie für besonders wichtig?

- 300 Euro Kindergeld für jedes Kind
- Anschlussleistung an das Elterngeld
- Kinderarmut beseitigen
- Mehr Zeit für Familie
- Qualitativ hochwertiger Betreuungsausbau

Machen Sie mit und stimmen Sie ab unter:  
[www.mehrkinderwagen.de](http://www.mehrkinderwagen.de)

Das Ergebnis der Abstimmung werden wir der neuen Bundesregierung überreichen.

**Unser Appell lautet: Staat frei für eine Politik, die Familien Zukunft sichert. Eine Initiative des Familienbundes der Katholiken.**



Die Aktion startet bundesweit am 10. Juni 2009 und für den Familienbund der Erzdiözese Freiburg nochmals ausdrücklich **am Diözesantag, den 28. Juni 2009.**

Weiter sind Straßenaktionen zur Vorstellung der Aktion und Abstimmungsmöglichkeiten für Familien am 25. Juli in Freiburg auf der Kaiser-Joseph-Strasse und am 19. September 2009 in Karlsruhe auf dem Marktplatz geplant.

Darüber hinaus stehen für vielfältige Aktionen vor Ort bei Pfarrfesten, Straßenfesten u.a.m. sowohl die Aktionsbroschüren als auch Luftballons für Kinder zur Verfügung.



*Staat frei für eine Politik, die Familien Zukunft sichert*

Der Familienbund der Katholiken ist der mitgliederstärkste Familienverband in Deutschland. Wir setzen uns ein für Familienfreundlichkeit, Familiengerechtigkeit und für die zentrale Bedeutung von Ehe und Familie in unserer Gesellschaft.

Mit Sorge sehen wir politische Entscheidungen und gesellschaftliche Entwicklungen, die den Wünschen und Sehnsüchten vieler Menschen nach einem gelingenden Familienleben entgegen stehen. Wir verstehen uns als »Stimme der Familie«.

## Kinder zählen – Familien zahlen

Kinder sind für die Gesellschaft unbezahlbar – und sie kosten Geld. Der Familienbund hat nachgerechnet. Nach den vom Bundesverfassungsgericht anerkannten Maßstäben sind es mindestens 570 Euro im Monat. 300 Euro Kindergeld sind eine Untergrenze, damit Kinder das bekommen, was sie zum Leben brauchen.



*300 Euro Kindergeld für jedes Kind*



### **Anschlussleistung an das Elterngeld**

#### **Finanzielle Unterstützung im 2. und 3. Lebensjahr verbessern – Wahlfreiheit herstellen**

Elterngeld soll entgangenes Einkommen wegen Kindererziehung ausgleichen – aber nur im ersten Lebensjahr. Eltern wollen aber auch anschließend zwischen häuslicher und außerhäuslicher Betreuung frei wählen können.

Diese Wahlfreiheit haben sie nur, wenn sie im zweiten und dritten Lebensjahr eine Anschlussleistung in Höhe von 300 Euro erhalten.



### **Kinderarmut beseitigen**

#### **Kinder machen die Familien arm – und die Gesellschaft reich**

Jedes 6. Kind in Deutschland ist arm, vor Jahren war es jedes 70. Kind. Die Folgen sind bekannt: Kinder leiden unter unzureichenden Wohnverhältnissen, mangelhafter Gesundheitsversorgung, ungleichen Bildungs- und Ausbildungschancen.

Die Kinderregelsätze im Rahmen von Hartz IV sind deutlich anzuheben und kindspezifisch zu berechnen. Der Kinderzuschlag für Geringverdiener muss ausgebaut werden.



### **Mehr Zeit für die Familie**

#### **Zeit für Familie – Zeit zum Leben**

In der Sorge für den Lebensunterhalt und in der Zuwendung für Kinder geraten Eltern immer stärker unter zeitlichen Druck. Gerade in Familien mit mehreren Kindern müssen häufig beide Elternteile das notwendige Familieneinkommen erwirtschaften.

Die Gestaltung der Arbeitswelt hat sich an den Bedürfnissen der Familien zu orientieren. Angebote im Kultur- und Sozialbereich müssen für Familien bezahlbar sein.



### **Qualitativ hochwertiger Betreuungsausbau**

#### **Betreuung ausbauen – aber mit Qualität**

Der Ausbau der Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren ist ein Baustein für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Gerade bei den Kleinen muss aber das Kindeswohl an erster Stelle stehen.

Die Gruppen sind so zu verkleinern, dass eine individuelle Förderung möglich ist. Dafür ist es unerlässlich, Erzieher/innen und Tagespflegepersonal entsprechend zu qualifizieren und zu vergüten.

# Opa, Oma und ich

Außerhalb des alltäglichen Rahmens Zeit miteinander zu verbringen und neue Erfahrungen zu machen, Anregungen und Ideen für Spiele und Beschäftigungen auszuprobieren, miteinander zu spielen, zu basteln, Geschichten zu erzählen, zu singen, zu lachen und vieles mehr wird diese Freizeit für Großeltern und deren Enkel ermöglichen.



Vormittags werden Großeltern und Enkel in getrennten Gruppen verbringen, so dass die Großeltern die Möglichkeit haben, sich über ihre Erfahrungen rund ums Großelternsein auszutauschen und auch Zeit für sich gestalten können.

## **Themen könnten sein:**

**Schätze auf meinem Lebensweg,**

**Entdeckungen in der Bibel,**

**Mit Grenzen leben,**

**Loslassen – neu anfangen,**

**Erziehung – darf ich Grenzen setzen?**

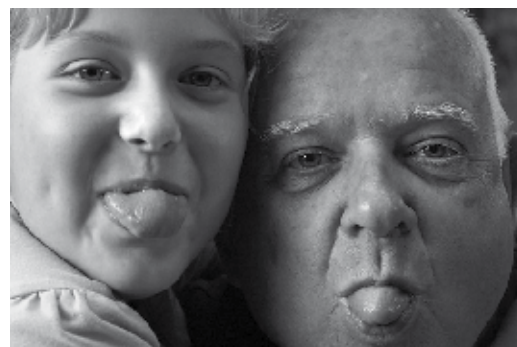
**War früher alles besser?**

**Das Miteinander der Generationen.**

Wir freuen uns auf Ihr Kommen  
Familienreferat,  
Familienbund der Erzdiözese Freiburg und  
Familienferienstätte Feldberg-Falkau  
FamilienFerien Freiburg

## **Anmeldung und nähere Informationen:**

Albert Janku  
Haus Feldberg-Falkau  
Telefon: 07655 93310  
www.familienferien-  
falkau.de  
falkau@familienferien-  
freiburg.de



## **Leitung:**

Walburga Zimmermann,  
Dipl. Sozialpädagogin und Schauspielerin  
Elisabeth Greve, Erzieherin

## **Ort:**

Haus Feldberg-Falkau  
Schuppenhörnlestraße 74  
79868 Feldberg

## **Termin:**

Montag, 02.11.09 – Freitag, 06.11.09

Wenn Sie möchten, können Sie gerne ein paar Tage in Falkau voranstellen oder anhängen.

## **Kosten:**

Erwachsene Euro 295,- pro Person

**Neu:** Kinder sind frei

Darin enthalten ist die Übernachtung mit Vollpension. Die Unterbringung erfolgt in Doppelzimmern und Familienappartements (jeweils mit Dusche und WC).

Außerdem sind die Kinderbetreuung, Gesprächsangebote für die Erwachsenen sowie Ausflüge und Wanderungen im Preis enthalten.

Dieser Kostenbeitrag deckt nur einen Teil der tatsächlich entstehenden Kosten.

Wir sind daher froh, wenn Sie – je nach Selbsteinschätzung – einen höheren Teilnehmerbeitrag leisten.

# Diözesankonferenz des Familienbundes am 6. Mai 2009 verabschiedet Heribert Mürtz



Foto: Sven Veith

Bei der Diözesankonferenz des Familienbundes wurde **Heribert Mürtz, der Geschäftsführer des Diözesanrates der Erzdiözese Freiburg** nach rund 30-jähriger Mitarbeit im Vorstand des Familienbundes verabschiedet.

Heribert Mürtz vertrat engagiert und fachkompetent im Sinne des familienpolitischen Mandates des Diözesanrates dessen familienpolitischen Anliegen in dem, mit dem und durch den Familienbund.

Heribert Mürtz beendet seine berufliche Laufbahn und tritt im Sommer des Jahres in die Nullphase seiner Altersteilzeit ein.

## Features ab Herbst abrufbar

Ein Feature ist eine informative, unterhaltsame und aktivierende Methode in der Bildungsarbeit. Diese Art, Inhalte aufzubereiten, wird auch **Infotainment** genannt – gemeint ist ein Zusammenspiel von Information und Entertainment.

Als Teilnehmer einer solchen Veranstaltung bleibt man selten nur sitzen, sondern wird wie von selbst eingebunden in kurzweilige Diskussionen, die mit Bildern, Musik und Informationshäppchen abgewechselt werden oder manchmal auch gleichzeitig auf einen einwirken.



Der Familienbund Freiburg hat in Kooperation mit Studierenden der **Pädagogischen Hochschule Freiburg** nun zu 4 Themenbereichen solche Features entwickelt:

- **Familienformen im Wandel**
- **Familienpolitik**
- **Unsere Rente**
- **Familie und Zeit oder: Keine Zeit für Familie?**

Nach der Sommerpause können bei der Diözesanstelle des Familienbundes solche Infotainment-Veranstaltungen ‚gebucht‘ werden.

Weitere Informationen dazu ab Juli auf der Homepage des Familienbundes.

**Vormerken – anmelden!**



Dekanat beteiligt sich an Aktion zur Mehrwertsteuer / Für die Entlastung von Familien

# Über 500 Karten an Peer Steinbrück

Für die Reduzierung der Mehrwertsteuer auf sieben Prozent zugunsten der Familien engagiert sich auch das Dekanat Acher-Renchtal.

Dekan Edgar Eisele (links) und Dekanatsreferent Martin Müller präsentieren 500 Protestkarten, die an das Finanzministerium geschickt werden.

Über die »Osterkarten« aus dem Dekanat Acher-Renchtal wird sich Bundesfinanzminister Peer Steinbrück nicht gerade freuen. Denn es sind mehr als 500 Protestkarten an die Adresse der Bundesregierung, um eine Reduzierung der Mehrwertsteuer mit Blick auf die finanzielle Entlastung der Familien zu erreichen.

Bei den 500 Karten handelt es sich um jene, die im Dekanatsbüro abgegeben wurden. Das Dekanat mit Dekan Edgar Eisele und

Dekanatsreferent Martin Müller an der Spitze ließ in den Pfarreien 2500 Protestkarten auslegen, die auch direkt an das Finanzministerium gesandt werden konnten. Von daher gehen die Verantwortlichen des Dekanates davon aus, dass eine deutlich größere Zahl als 500 Karten den Postweg nach Berlin antreten.

## Familienbund beteiligt

Die Aktion zur Mehrwertsteueraktion initiierten verschiedene Familienbünde in Deutschland. Beteiligt ist auch der Familienbund der Deutschen Katholiken, der sich immer wieder für die Belange von Familien einsetzt.

Die jetzige Aktion zielt darauf ab, Kindererziehung und die damit notwendigen Ausgaben mit dem ermäßigten Satz von sieben Prozent Mehrwertsteuer zu belegen statt wie bisher mit 19 Prozent. Dies würde etwa bei einer Erstausrüstung für die Einschulung (330 Euro) eine Reduzierung von 30 Euro bedeuten. Nicht einsehbar sei, dass im Preis von Kindersitzen für ein Auto 19 Prozent Mehrwertsteuer enthalten sind und bei Sesselliften, Tierfutter, Schnittblumen und anderen Dingen mehr nur sieben Prozent. Auch auf europäischer Ebene gibt es dieses Problem. So hat im März der EU-Ministerrat für Wirtschaft und Finanzen beschlossen, die Mehrwertsteuer auf Kinderkleidung und Kinderschuhe nicht zu reduzieren.

Foto: Roland Spethe



Aktionskarten „Mehrwertsteuer für Familien gerechter machen“ sind weiterhin kostenlos bestellbar

## »Sehr enttäuscht«

Damit wurde der Vorschlag des Europäischen Parlamentes abgelehnt, auch der Vorschlag der EU-Kommission, die Mehrwertsteuer für Babywindeln zu senken, fand keine Zustimmung beim Rat. »Wir sind sehr enttäuscht über diese Entscheidung der Wirtschafts- und Finanzminister und Finanzministerinnen. Europa braucht dringend eine familienfreundliche Politik. Die Reduzierung der Mehrwertsteuer auf

Kinderkleidung, Kinderschuhe und Windeln hätte Familien nachhaltig entlastet. Sie wäre ein wichtiger Schritt zum Abbau der strukturellen Benachteiligung von Familien gewesen«, so die Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen, Edith Schwab, über diese Entscheidungen.



## Neue Regeln für Kindergärten

# Kinderreiche zahlen weniger

Für kirchliche und kommunale Kindertagesstätten im Land gibt es künftig einheitliche Empfehlungen, wie die Höhe der Gebühren für Familien mit mehreren Kindern zu regeln ist. Darauf haben sich die Vertreter der katholischen und evangelischen Kirchenleitungen mit dem Städte- und Gemeindetag verständigt, teilten die Erzdiözese Freiburg und die badische Landeskirche Anfang Mai 2009 mit.

Damit sei die Grundlage für eine landeseinheitliche Regelung geschaffen worden. Die Kommunalverbände legen allerdings Wert auf den Hinweis, dass es sich hierbei nur um Orientierungswerte handele, die für die einzelnen Kommunen nicht verbindlich seien. Vielmehr liege es weiterhin in der Entscheidungsmacht des jeweiligen Gemeinderats, ob er sich an die empfohlenen Sätze hält oder wie Heilbronn und Rust beispielsweise ganz auf Kindergartengebühren verzichtet.

### In Gruppen mit erweiterter Öffnungszeit/ halbtags geöffneten Gruppen/ für die Betreuung von unter dreijährigen Kindern

In Gruppen mit verlängerten Öffnungszeiten (durchgehend 6 Stunden) kann ein Zuschlag von bis zu 25 % auf den Beitrag für Regelgruppen, bei Halbtagsgruppen eine Reduzierung von bis zu 25 % gerechtfertigt sein. Für die Betreuung von unter dreijährigen Kindern in altersgemischten Gruppen muss nach der Betriebserlaubnis je Kind unter drei Jahren gegenüber der Regelgruppe ein Kindergartenplatz unbesetzt bleiben. Vor diesem Hintergrund und im Hinblick auf die Festlegung der Elternbeiträge für Kinderkrippen ist in diesem Fall ein Zuschlag von 100 % gegenüber dem Beitrag in Regelgruppen gerechtfertigt.

Die Zu-/Abschläge können kumulativ verwendet werden (z. B. bei Aufnahme von unter dreijährigen Kindern in einer Gruppe mit verlängerter Öffnungszeit).

Basis für die Zu- und Abschläge sowie für deren Höhe ist, dass ein jeweils erhöhter bzw. reduzierter Aufwand vorhanden ist.

### Beitragsempfehlungen in Regelkindergärten

	Kindergartenjahr 2009/2010		Kindergartenjahr 2010/2011	
	12 Monate	11 Monate	12 Monate	11 Monate
für das Kind aus einer Familie mit einem Kind	84 €	92 €	87 €	95 €
für ein Kind aus einer Familie mit zwei Kindern unter 18 Jahren	64 €	70 €	66 €	72 €
für ein Kind aus einer Familie mit drei Kindern unter 18 Jahren	43 €	47 €	44 €	48 €
für ein Kind aus einer Familie mit vier und mehr Kindern unter 18 Jahren	15 €	16 €	15 €	16 €

Nach dem neuen Verfahren werden Elternbeiträge nach der Anzahl der Kinder unter 18 Jahren in einer Familie berechnet – unabhängig davon, wie viele dieser Kinder gleichzeitig den Kindergarten besuchen. Dies bringe eine spürbare finanzielle Entlastung vor allem für kinderreiche Familien, heißt es. Bisher seien Beiträge nur dann reduziert worden, wenn mehrere Kinder einer Familie gleichzeitig die Tageseinrichtung besuchten.

### Beitragsempfehlungen in Kinderkrippen

	Kindergartenjahr 2009/2010		Kindergartenjahr 2010/2011	
	12 Monate	11 Monate	12 Monate	11 Monate
für das Kind aus einer Familie mit einem Kind	250 €	273 €	258 €	281 €
für ein Kind aus einer Familie mit zwei Kindern unter 18 Jahren	185 €	202 €	191 €	208 €
für ein Kind aus einer Familie mit drei Kindern unter 18 Jahren	125 €	136 €	129 €	141
für ein Kind aus einer Familie mit vier und mehr Kindern unter 18 Jahren	50 €	55 €	52 €	57 €

Diese Beitragssätze gelten für Krippen mit einer täglichen Öffnungszeit von 6 Stunden. Der Berechnung der Beitragssätze liegt ein Kostendeckungsgrad von 20 % der Betriebskosten zu Grunde.

# Was am Monatsende übrig bleibt

## Horizontaler Vergleich 2009

Einkommen/Abzüge 2009 in €	Ledig, ohne Kind	Verheiratet, ohne Kind	Verheiratet, 1 Kind	Verheiratet, 2 Kinder	Verheiratet, 3 Kinder	Verheiratet, 4 Kinder	Verheiratet, 5 Kinder
Steuerklasse	I	III/0	III/1	III/2	III/3	III/4	III/5
<b>Jahresbrutto</b>	<b>30.000,00</b>	<b>30.000,00</b>	<b>30.000,00</b>	<b>30.000,00</b>	<b>30.000,00</b>	<b>30.000,00</b>	<b>30.000,00</b>
Lohnsteuer	4.608,00	1.492,00	1.492,00	1.492,00	1.492,00	1.492,00	1.492,00
Kirchensteuer (8 %)	368,64	119,36	27,84	0,00	0,00	0,00	0,00
Solidaritätszuschlag	253,44	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Krankenversicherung (AN 8,2 %)	2.460,00	2.460,00	2.460,00	2.460,00	2.460,00	2.460,00	2.460,00
Rentenversicherung (AN 9,95 %)	2.985,00	2.985,00	2.985,00	2.985,00	2.985,00	2.985,00	2.985,00
Arbeitslosenversicherung (1,4 %)	420,00	420,00	420,00	420,00	420,00	420,00	420,00
Pflegeversicherung (0,975 % + 0,25 % Kinderlose)	367,50	367,50	292,50	292,50	292,50	292,50	292,50
Kindergeld		-	1.968,00	3.936,00	5.976,00	8.316,00	10.656,00
Kinderbonus (einmalig)			100,00	200,00	300,00	400,00	500,00
<b>Netto</b>	<b>18.537,42</b>	<b>22.156,14</b>	<b>24.390,66</b>	<b>26.486,50</b>	<b>28.626,50</b>	<b>31.066,50</b>	<b>33.506,50</b>
<b>Steuerliches Existenzminimum</b>							
Erwachsener	7.834,00	15.668,00	15.668,00	15.668,00	15.668,00	15.668,00	15.668,00
Kinder			6.024,00	12.048,00	18.072,00	24.096,00	30.120,00
<b>Frei verfügb. Einkommen/Haushalt</b>	<b>10.703,42</b>	<b>6.488,14</b>	<b>2.698,66</b>	<b>-1.229,50</b>	<b>-5.113,50</b>	<b>-8.697,50</b>	<b>-12.281,50</b>



Herausgeber und Verlag:  
Familienbund der Katholiken,  
Diözesanverband Freiburg,  
Okenstraße 15,  
79108 Freiburg

Tel. 07 61 / 51 44-204  
Fax 07 61 / 51 44-76 204  
familienbund@  
seelsorgeamt-freiburg.de

Redaktion:  
Georg Zimmermann (G.Z.)  
ISSN 0945-2338

Grafik, DTP:  
Atelier Eschbach, Ettenheim  
Druck:  
Druckerei Stückle, Ettenheim

